kleiner Bestandteil des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nützlich. Sie können aber, falls sie überspannt werden, sehr schädlich werden. Ganz allgemein werden sie in dem Augenblick gefährlich, wo sie den Kredit der privaten Wirtschaft einengen. Diese Gefahr besteht von dem Augenblick der stärkeren Belebung der Privatwirtschaft an, die dann in erhöhtem Maße Betriebskredite benötigt. Denn auch die öffentliche Arbeitsbeschaffung hat zur Zeit nur eine Finanzierungsmöglichkeit, die Kreditaufnahme. Aufzukommen dafür haben aber letzten Endes die öffentlichen Haushalte, die die Kredite aus künftigen Steuereinnahmen zurückzuzahlen haben. So tritt noch ein zweites Gefahrenmoment hinzu, die Ueberschuldung der öffentlichen Haushalte in der Zukunft, die dann auch bei sich bessernder Konjunktur zwangsläufig steuerliche Belastungen der Privatwirtschaft erfordern würde, die sich als eine schwere Hemmung des wirtschaftlichen Aufschwunges erweisen müßte. Die engen Grenzen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung für die Ueberwindung der Krise ergeben sich hieraus von selbst.

Aber auch der Zustand der deutschen Finanzen, über die nach 1½jähriger Pause zum erstenmal wieder der zuständige Ressortminister einen umfassenden Bericht gegeben hat, bestätigt und bekräftigt die Auffassung, daß die öffentliche Arbeitsbeschaffung nur ein kleines Glied innerhalb der gesamten Maßnahmen zur Gesundung unseres Wirtschaftslebens sein darf. Wie angesichts der sich verschärfenden Krise nicht anders zu erwarten war, hat sich das Haushaltdefizit auf über zwei Milliarden erhöht. Das sind 25 Prozent des Etats. Hierin stecken allerdings fast 1700 Millionen, die wir seit Hilferdings Ministertätigkeit von Jahr zu Jahr durchschleppten. Gewiß ist dieses Defizit für unsere Finanzen nicht unmittelbar gefährlich. Wenn der Reichsfinanzminister aber darauf aufmerksam macht, daß Amerika 10 Milliarden und Frankreich 4 Milliarden Fehlbetrag aufweisen, so darf er allerdings nicht vergessen, daß diese Staaten, im Gegensatz zu Deutschland, über ganz andere natürliche Reichtümer und Kapitalien verfügen, als unser ausgebluteter, überdies von der Natur mit kümmerlichen Schätzen begabtes Vaterland. Ein Hinweis darauf wäre um so nötiger gewesen, weil die gegnerische Propaganda mit solchen Zahlenvergleichen gerade in der letzten Zeit großen Mißbrauch getrieben hat. Der Reichsfinanzminister hat für die Abbürdung dieses Defizits keinen Vorschlag gemacht. Aber irgend einmal muß der Etat davon gereinigt werden. Noch ernster allerdings sind die Vorbelastungen der kommenden Etats durch jene Ausgaben, die im letzten Jahre zu Stützungs-, Ankurbelungs- und Arbeitsbeschaffungszwecken gemacht worden sind. Sie bestehen in der Zeit von 1933 bis 1938 insgesamt aus 1020 Millionen fällig werdende Schatzanweisungen für Stützungszwecke, aus 340 Millionen, die aus der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung fällig werden, und aus 2200 Millionen von zur Rückgabe gelangenden Steuergutscheinen. Die Vorbelastung der kommenden Etats aus diesen Verpflichtungen beträgt für 1933 rund 240, für 1934 und 1935 je 740, für 1936 und 1937 je 700 und für 1938 rund 500 Millionen. Daraus ergibt sich deutlich, daß alle Ankurbelungs- und öffentlichen Arbeitsbeschaffungspläne nur in der Spekulation darauf durchzuführen sind, daß uns 1933 die wirtschaftliche Erholung tatsächlich vermehrte Steuereingänge und verminderte Erwerbslosenlasten beschert, aus denen nicht nur das Defizit, sondern darüber hinaus diese Vorbelastungen gedeckt werden können. Einschließlich des Defizits müßten in den nächsten sechs Jahren 5½ Milliarden getilgt werden, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart in Vorwegnahme künftiger Erträgnisse ausgegeben wurden. Aus diesen sprechenden Zahlen ergibt sich deutlich genug die enge Begrenzung der für die öffentliche Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stehenden Mittel. Jede weitere Ausgabenvermehrung für die Arbeitsbeschaffung in der Gegenwart würde die Belastung der Wirtschaft in den nächsten Jahren so sehr vergrößern, daß sie einer Drosselung des Aufschwunges gleichkäme. Deshalb ist es notwendig, über den Arbeitsbeschaffungsplänen nicht das Schicksal der freien Wirtschaft zu vergessen. Gerade die Hoffnung auf Gesundung der Reichsfinanzen beruht ja ausschließlich auf der Annahme der Erholung der Privatwirtschaft in den nächsten Jahren. Deshalb ist die Ansicht des sozialdemokratischen Wortführers Hilferding absolut verkehrt, die öffentliche Arbeitsbeschaffung mache die Einstellungsprämie für Mehrbeschäftigung überflüssig. Im Gegenteil. Die Förderung und Gesundung der privaten Wirtschaft, die Wiederherstellung der industriellen und landwirtschaftlichen Rentabilität bleiben die eherne Voraussetzung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Luther über Wirtschaftsfragen der Gegenwart

Währung und Arbeitsbeschaffung

Breslau, 12. Januar. Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Breslau sprach heute abend Reichsbankpräsident Dr. Luther vor einer zahlreichen Zuhörerschaft, unter der man die Spitzen der Behörden, der Wirtschaft und Wissenschaft bemerkte, über Wirtschaftsfragen der Gegenwart. Er gab ein ausführliches Bild der Entwicklung der letzten 10 Jahre vom Standpunkt der Währung aus. Eine einheitliche Währung sei der Ausdruck nationaler Einheit, und

ein Währungszerfall würde den nationalen Zerfall sicher in gefahrdrohende Nähe rücken.

Allerdings mache er diese Bemerkung nicht mit Bezug auf die Gegenwart. Im Gegenteil, wir müßten uns allmählich wieder daran gewöhnen, in der Währung als solcher überhaupt kein Problem mehr zu sehen, sondern die selbstverständliche Grundlage alles wirtschaftlichen und politischen Lebens. Aber der zehnjährige Erinnerungstag des Ruhreinmarsches lenke die Blicke auf eine Zeit, in der die deutsche Währungseinheit in ernste Gefahr gebracht war, nämlich am Schluß des Ruhrkampfes. Das letzte und äußerste Angebot, das Reichskanzler Dr. Cuno den Gegnern gemacht habe, um zu einer Verständigung zu kommen, sei das eines ehrbaren Kaufmanns gewesen. Es sei aber mit dem Ruhreinmarsch beantwortet worden. Der Gedanke, wie ein ehrbarer Kaufmann zu verfahren, habe die gesamte Politik der deutschen Regierung und der Reichsbank bestimmt.

Die Gedankenwelt des ehrbaren Kaufmanns habe inzwischen im gesamten internationalen Leben Fortschritte gemacht, wenn sie auch noch nicht überall in die Tat umgesetzt sei.

In den damals uns aufgezwungenen Abwehrkampf habe sich eine Neugestaltung deutschen nationalen Willens vollzogen. Dem Abbruch dieses Kampfes sei auch bald jene währungsmäßige Selbstrettung des deutschen Volkes durch die Herausgabe der Rentenmark gefolgt. Diese Selbstrettung sei nicht nur in Deutschland als erlösende Tat empfunden worden, sondern auch das Ausland habe sie als große nationale deutsche Handlung bewertet.

Für uns liege heute der Nachdruck weniger auf der Währung, als auf der Kreditfrage. Dr. Luther ging dann auf das Hereinströmen ausländischer Kredite nach Deutschland ein und erklärte, die neueste Entwicklung habe gezeigt, daß die damalige Politik der Kreditkontingentierung und der Einschränkungsmaßnahmen auf Grund des Artikels 48 berechtigt gewesen sei. Seit dem Zeitpunkt seiner höchsten Auslandsverschuldung Mitte 1930 habe Deutschland

mehr als 7 Milliarden Mark Kredite zurückgezahlt.

Eingehend behandelte der Reichsbankpräsident die Entwicklung der Krise und die Diskontpolitik der Reichsbank während dieser Zeit. Wenn auch seit dem Tage der Bankenschließung eine Stabilisierung eingetreten sei, so sei doch eine Run-Stimmung trotz des wachsenden Vertrauens in der Welt grundsätzlich immer noch vorhanden. Ueber Moratorien hinaus sei eine endgültige Wiederherstellung des Vertrauens notwendig. Reichsbank und Reichsregierung verfolgten weiter die große kaufmännische Linie der deutschen Politik in der Erwartung, dem deutschen Wirtschaftsleben am besten zu dienen, wenn von jedem gewaltsamen Eingriff Abstand genommen werde. Unter Bezugnahme auf die zur Zeit schwebenden internationalen Verhandlungen bezeichnete Dr. Luther als

Vorbedingungen einer Gesamtkonsolidierung,

daß 1. die internationalen Handelshemmnisse endlich allmählich abgebaut werden müßten: Eine grundsätzliche Umkehr auf der ganzen Linie müsse das Ziel der Weltwirtschaftskonferenz sein; das zweite Ziel der Weltwirtschaftskonferenz müsse die Herstellung monetärer Sicherheit auf der Erde sein; das dritte Problem sei das einer allgemeinen Zinssenkung.

Auf die innerpolitische Lage eingehend, setzte sich Dr. Luther mit dem Problem der öffentlichen Arbeitsbeschaffung auseinander. So willkommen sie in sozialer Hinsicht sei, müsse man sich doch darüber klar sein, daß, je größer die Vorbelastung künftiger Jahre durch Leistungen in der Gegenwart, um so geringer der Spielraum für eine spätere Senkung der Steuern sei.

Jede Arbeitsbeschaffung nehme der zukünftigen Konjunktur sowohl hinsichtlich der Steuersenkung, wie hinsichtlich der materiellen Seite Möglichkeiten weg.

Trotzdem habe die Reichsbank sich angesichts der heutigen Sachlage in den bekannten Rahmen zu einer Kreditausweitung bereit erklärt. Die Reichsbank habe angesichts der sozialen und politischen Lage diese Hilfestellung gewähren müssen in dem Augenblick, wo der katastrophale Niedergang der Wirtschaft an einem Punkt größerer Beruhigung angelangt war und die Schrumpfungsvorgänge zum Stillstand kamen. Der Hauptstörungsfaktor einer Erholung, die Reparationen, sei seit Lausanne beseitigt. Die Reichsbank, die auch bisher schon der Wirtschaft nach Möglichkeit Unterstützung gegeben habe, werde auch in Zukunft durch ihre Diskontpolitik diese aktive Hilfestellung leisten.

Der Ausblick in das Jahr 1933

sei bereits ganz anders als der zu Beginn des Jahres 1932: Das Gefühl der völligen Unübersehbarkeit der Entwicklung, das damals noch geherrscht habe, sei geschwunden.

Zum Schluß seiner Ausführungen bekannte sich Dr. Luther zur Privatwirtschaft. In dem Augenblick, in dem die Schrumpfung aufhöre und von dem aus es langsam wieder aufwärtsgehen werde, müßten alle Kräfte eingesetzt werden, daß privatwirtschaftliches Wollen und privatwirtschaftlicher Geist in einer geläuterten Form sich an die Spitze der neuen Entwicklung Deutschlands stellen.

Der Kampf um die 40-Stunden-Woche

Genf, 12. Jan. Auf der Konferenz für die Einführung der 40-Stundenwoche vertrat am Donnerstag der Reichstagsabgeordnete Sollmann den Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft. Er trat nachdrücklich für eine Kürzung der Arbeitszeit als eine geeignete Maßnahme zur Linderung der Arbeitslosigkeit ein. Sollmann sagte, daß die gegenwärtig außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Teil auf die auch in der gegenwärtigen Krise weiter fortgesetzte Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft zurückzuführen sei; selbst im Falle einer Gesundung der Wirtschaft werde es nicht möglich sein, das gewaltige Heer der Arbeitslosen wieder in die Wirtschaft einzugliedern. Aus diesem Grunde sei daher eine gesetzlich festgelegte Kürzung der Arbeitszeit für sämtliche Industriezweige unerläßlich. Nach deutschen Berechnungen würde die Einführung der 40-Stundenwoche 900 000 Arbeitern Beschäftigung bringen. Selbst wenn die Kürzung der Arbeitszeit zu einer Verteuerung der Produktion führen sollte, müßte sie doch angesichts der großen Gefahr der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden. Jedoch dürfe die Kürzung der Arbeitszeit nicht eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft zur Folge haben.

Der italienische Arbeitnehmervertreter suchte den Nachweis der praktischen Undurchführbarkeit der 40-Stundenwoche zu erbringen.

Um den Mittellandkanal

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Jan. Die Oberbürgermeister von Leipzig und Halle, Dr. Goerdeler und Dr. Rive, hatten heute mit dem Reichsverkehrsminister Eltz v. Rübenach eine Aussprache, die sich auf die Möglichkeit bezog, im Rahmen des Sofortprogramms zur Arbeitsbeschaffung den Bau des Südflügels des Mittellandkanals aufzunehmen. Da das Sofortprogramm Mittel nur für Arbeiten vorsieht, die schon im Beginn sind, während der Südflügel des Mittellandkanals erst projektiert ist, ergeben sich gewisse Schwierigkeiten für die Finanzierung dieser Arbeiten. Die Aussichten werden zur Zeit als nicht sehr günstig bezeichnet.

Keine Auflösung der Wirtschaftspartei

Berlin, 12. Jan. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung der Wirtschaftspartei bestätigen sich nicht. Auf Anfrage teilt der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Bredt, Marburg, mit, daß an eine Auflösung der Wirtschaftspartei nicht gedacht sei. Es schwebten allerdings, wie er erklärte, Pläne zu einer gewissen Neu- und Umorganisation, aber auf der bisherigen Grundlage.

Ein neuer Reichstagsabgeordneter. An Stelle des Abgeordneten Dr. Alfred Meyer, der sein Mandat niedergelegt hat, tritt der SA.-Führer Heinrich Knickmann (NSDAP.), wohnhaft in Bochum, in den Reichstag ein.

Der französische Senatspräsident wiedergewählt. Der Senat hat mit 254 von 290 abgegebenen Stimmen seinen bisherigen Präsidenten Jeanneney wiedergewählt.

Das rumänische Kabinett zurückgetreten. Die erwartete Gesamtdemission des Kabinetts Manin ist Donnerstagnachmittag erfolgt.

Gerüchte um Straßer

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. Jan. Gerüchte, die in der Reichshauptstadt umgehen, besagen, daß Adolf Hitler und Gregor Straßer bei einem persönlichen Zusammentreffen die zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt hätten. Bestätigungen dafür liegen aber nicht vor. Stärkere Beachtung finden in politischen Kreisen widersprechende Gerüchte, von denen man behauptet, daß sie von nationalsozialistischer Seite selbst stammen, und die besagen, die NSDAP. werde die Angelegenheit Straßer nunmehr durch den Ausschluß dieses Abgeordneten aus der Partei klären. Zur Begründung für einen solchen Schritt wird in diesen Gerüchten darauf verwiesen, daß die Besuche Straßers bei dem Reichskanzler v. Schleicher und dem Reichspräsidenten v. Hindenburg Adolf Hitler stark verstimmt hätten, da sie ohne seine Einwilligung und entgegen seiner politischen Einstellung zum Kabinett Schleicher erfolgt seien. Allerdings sind Bestätigungen für diese Gerüchte gleichfalls nicht vorhanden, so daß sie nur mit allem Vorbehalt verzeichnet werden können.

Die Dienstenthebung des SA.-Führers Stegmann

München, 12. Januar. Adolf Hitler hat an den seines Postens enthobenen fränkischen SA.-Führer Wilhelm Stegmann-Schillingsfürst folgendes Telegramm gesandt: „Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen vergangen haben, bestätige ich nicht nur die vom Stabschef Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab."

Zweieinhalb Jahre Gefängnis für Hummel

Freiburg, 12. Jan. Am Donnerstag gegen 21 Uhr verkündete der Vorsitzende im Hummel-Prozeß folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen zwei Verbrechen des Betruges im Rückfall im rechtlichen Zusammentreffen mit einem Verbrechen der Urkundenfälschung und einem Verbrechen nach § 272 (Vergehen wegen falscher Namensannahme) zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Gleichzeitig werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. — Beantragt hatte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten 8 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

In seiner Urteilsbegründung nahm das Gericht zwei selbständige Handlungen an. Der Angeklagte habe wohl nach Hause reisen wollen, wie der Besitz eines Passes und die verschiedenen Fluchtversuche während der Fahrt bewiesen. Hummel habe anderseits aber nicht nur Irrtümer erregt, sondern auch immer aufs neue gefördert. Trotz allem habe das Gericht jedoch dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, da man ihn, nachdem er einmal den Fuß auf deutschen Boden gesetzt hatte, eigentlich nur noch auf der vorgezeichneten Bahn weitergeschoben habe. Seine Tat sei daher nicht so schwer zu bewerten, daß eine Zuchthausstrafe am Platze wäre. Die moralische Verantwortung für seine Taten fiele auf seine enthusiastischen Anhänger.

Große Falschmünzerwerkstatt ausgehoben

Berlin, 12. Jan. Beamte der Falschgeldstelle verhafteten heute drei Mitglieder einer gefährlichen Falschmünzerbande, die seit mehr als einem Jahre große Mengen geschickt gefälschter Zweimarkstücke in Umlauf gebracht hatte. Der Führer der Bande, ein 27jähriger Ingenieur namens Urban, ist geflüchtet. Die Fälscher hatten sich im Norden Berlins in einem fast leerstehenden Fabrikgebäude die 1. Etage im dritten Hof gemietet. Aus ihren Geständnissen ergab sich, daß sie mehr als 2000 falsche Zweimarkstücke in drei großen Konservenbüchsen in Stahnsdorf und in Köpenick im Walde vergraben hatten.

20 spanische Syndikalisten getötet

Madrid, 12. Januar. In der spanischen Ortschaft Casas Viejas hatten sich 20 Aufständische in einem Haus verschanzt. Zwischen ihnen und den sie angreifenden Polizeibeamten entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht, das stundenlang anhielt. Erst nach zwölfstündiger Belagerung gelang es der Polizeitruppe, das Nest auszuräuchern, nachdem die Polizeibeamten einen Großangriff mit Handgranaten unternommen und das Haus in Brand gesteckt hatten. Sämtliche 20 Syndikalisten kamen ums Leben. Von der Polizei wurden nur drei Personen verwundet.

Wieder ein Revolveranschlag in Sofia

Sofia, 12. Januar. Unbekannte Attentäter überfielen am Donnerstagnachmittag in einem Außenbezirk Sofias den Abgeordneten der kommunistischen Arbeiterpartei Mardukoff. Der Ueberfallene wurde durch Pistolenschüsse schwer verletzt. Die Attentäter konnten unerkannt entkommen.

Das Gesetz über die politische Amnestie in Bulgarien wurde von der Sobranje angenommen. In der Amnestie sind auch die vier ehemaligen Stambulisky-Minister inbegriffen, die als Hochverräter verurteilt wurden und seit 1923 als Führer der bulgarischen Agrarемigration in Belgrad und Paris lebten.

15 000 belgische Arbeiter streiken

Brüssel, 12. Januar. Am Donnerstagmorgen traten die Arbeiter verschiedener Industrien, sowie der Kohlengruben in Soignies, Thuin und La Louviere in einen 24stündigen Streik, um gegen die von der Regierung vorgeschlagenen neuen Steuern zu protestieren. Insgesamt feiern 15 000 Arbeiter.

Chinas Ministerpräsident gegen den Völkerbund

Genf, 12. Jan. Der chinesische Ministerpräsident Wangsinwei veröffentlicht durch die hiesige chinesische Abordnung eine in ungewöhnlich heftigem Ton gehaltene Erklärung. Er macht dem Völkerbund den schweren Vorwurf, durch seine passive Haltung nicht nur sein eigenes Ansehen aufs schwerste geschädigt, sondern auch hierdurch die japanische Angriffspolitik ermöglicht zu haben. China sei daher gezwungen, bis zum äußersten seine nationale Existenz und sein Gebiet zu verteidigen.

Das chinesische Volk sei wie ein Mann entschlossen, einen erbarmungslosen Kampf im Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit zu beginnen.

Nach englischen Mitteilungen sollen ferner der chinesische Ministerpräsident, der kürzlich zum Botschafter ernannte chinesische Gesandte beim Völkerbund, Yen, und der chinesische Gesandte in London telegraphisch die Nankinger Regierung aufgefordert haben, unverzüglich alle militärischen Maßnahmen zur Wiedereroberung von Schanhaikwan zu treffen.